

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

13.2.1891 (No. 43)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 13. Februar.

Nr. 43.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
 Voranzbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
 Einrückungsgebühr: die gewöhnliche Zeitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

Ämtlicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordres vom 7. bezw. 9. d. M. ist Folgendes bestimmt:

Stab des Generalkommandos 14. Armeecorps:
 v. Garnier, Premierlieutenant vom Großen Generalstabe, unter Beförderung zum Hauptmann, zum Generalstabe des 14. Armeecorps versetzt.

55. Infanterie-Brigade:
 v. Fund, Generalmajor und Kommandeur, unter Beförderung in dem Kommando zur Vertretung des Direktors des Militär-Ökonomiedepartements im Kriegsministerium, zu den Offizieren von der Armee versetzt.
 v. Pfeissen, Oberst und Flügeladjutant Seiner Majestät des Kaisers und Königs, Kommandeur des 1. Garde-Regiments zu Fuß, unter Beförderung zum Generalmajor, zum Kommandeur der 55. Infanterie-Brigade ernannt.

Nichtämtlicher Theil.

Karlsruhe, den 12. Februar.

Die erste und größte Sorge des neuen italienischen Ministeriums besteht darin, ohne Schädigung der wichtigsten Staatsinteressen bedeutende Ersparnisse in der Verwaltung zu erzielen. Es heißt, man sei in einem gestern abgehaltenen Ministerrathe darüber einig geworden, daß der Heeresetat um 10 Millionen verringert werden könne, während man im Marinebudget sogar 12 Millionen glaubt sparen zu können. Der neue Minister des Innern, Baron Nicotera, ist bereit, die geheimen Fonds um eine halbe Million herabzusetzen. Der neue Minister des königlichen Schatzes, Luzzati, hat die Direktoren der sämtlichen sechs Zettelbanken zu einer Berathung nach Rom eingeladen, woraus in Finanzkreisen geschlossen wird, daß die Herstellung einer Einheitsbank auf das Programm der Regierung gesetzt werden dürfte. Was die Stellung der Parteien zu der neuen Regierung betrifft, so hat die äußerste Rechte unter dem Vorfig Bonghi's beschlossen, das Ministerium zu unterstützen; die äußerste Linke will eine vorläufig abwartende Haltung einnehmen. Der neue Justizminister hat mit seinem Amtsvorgänger Zanardelli eine Unterredung gehabt; er will die Reformen des Letzteren im Strafrecht, im Strafprozeß und in der Organisation der Gerichte fortsetzen. Dagegen glaubt man, daß die Gesekentwürfe betreffend die Reduktion der Präfekturen und der Entziehung des Equivats der Bischöfe zurückgezogen werden. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Branca, hat sich im Gespräch zu einem Deputirten geäußert, die Kammer könne dem neuen Ministerium keine Opposition machen, denn die Regierung wolle das Ersparnisprogramm ausführen, das die Kammer selbst aufgestellt habe. Dann fuhr er fort: „Wir wünschen die öffentliche Meinung des Auslandes zu beruhigen bezüglich unserer Absichten, die durchaus friedlicher Natur sind. Nur auf diesem Wege kann neues ausländisches Kapital,

das wir nicht entbehren können, nach Italien gebracht werden.“ Die „Opinione“, die jetzt Fühlung mit Regierungskreisen zu haben scheint, erklärt: „Man hoffte zu viel in Paris, man fürchtete zu sehr in Berlin. Die italienische Politik bleibt der allgemeinen Richtung nach unumwandelbar in ihrem alten Geleise. Frankreich hat keine Feindseligkeit und Deutschland keine Antreue zu fürchten. Unser Interesse schreibt uns vor, weder Frankreich feindselig, noch Deutschland untreu zu sein.“ Diese Äußerungen stehen mit den bisherigen Erklärungen des neuen Ministerpräsidenten im Einklang. Es ist zu ihnen nur zu bemerken, daß in Berlin „Befürchtungen“, zu denen der italienische Ministerwechsel Anlaß gegeben hätte, überhaupt nicht laut geworden sind; man ist vielmehr vom ersten Augenblick der römischen Kabinettskrisis an überzeugt gewesen, daß Italiens auswärtige Politik von dem Wechsel des Ministeriums unberührt bleiben würde.

Die Versuche zur Versöhnung der beiden irischen Parteigruppen werden jetzt von den irischen Abgeordneten selbst als vorläufig gescheitert angesehen. Wir theilten schon in der vorigen Nummer ein nach Schluß der Redaktion eingetroffenes Telegramm mit, dem zufolge Barnell an den Führer der andern irischen Gruppe, Mac Carthy, einen Brief gerichtet hat, in dem er erklärte, daß er gegenwärtig jede Hoffnung auf einen Ausgleich aufgegeben habe. Diese Erklärung kam einem Abbruch der Verhandlungen gleich. Barnell sucht nun sein Verhalten vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Es liegt aus London folgende Nachricht vor: „Diese Blätter veröffentlichen ein Schreiben Barnells an O'Brien, in welchem er den Abbruch der Unterhandlungen damit erklärt, daß es ihm unmöglich gemacht worden sei, die nationalen Interessen Irlands als so sichergestellt zu betrachten, daß er ohne Gefahr für die irische Sache die ihm von der irischen Nation übertragene Führerschaft niederlegen könnte.“ Ergänzt wird diese Meldung durch folgende Depesche aus Boulogne s. M., dem gegenwärtigen Aufenthaltsort der aus Amerika zurückgekehrten irischen Abgeordneten Dillon und O'Brien: „Die Deputirten O'Brien und Dillon erließen ein Manifest, in welchem sie beklagen, daß das für die irische Sache so notwendige Einvernehmen, welches von der Mehrheit des Volkes und zahlreichen irischen Deputirten ersehnt wurde, gescheitert sei infolge der Bitterkeit der Theilnehmenden und des nutzlosen Gezänzes über Fragen von formeller Bedeutung. O'Brien und Dillon weigern sich, länger an dem häuslichen Zwist der irischen Partei theilzunehmen; sie erklären, sie würden morgen nach England abreißen, um sich den Behörden zu stellen und in das Gefängniß zu wandern.“ Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Barnell diese Wendung der Angelegenheit absichtlich herbeigeführt hat, um die Führerschaft der ihm treu gebliebenen Gruppe aufrecht erhalten zu können. Es war, wie aus seinen früheren Reden hervorgeht, im Beginn der Auseinandersetzungen zwischen den beiden irischen Gruppen sein fester Wille, sich unter keinen Umständen aus der Führerschaft herausdrängen zu lassen. Von Parteigenossen wurde dann ein so starker Druck auf ihn ausgeübt, daß er sich

plötzlich bereit finden ließ, zurückzutreten, aber er knüpfte das Zugeständniß seines Rücktritts an Bedingungen, die er im Verlaufe der Verhandlungen verschärfte. Er verlangte, daß Gladstone seine bisher unzulänglichen Konzessionen auf dem Gebiete von Home-Rule dadurch annehmbar mache, daß er die irische Gendarmerie in eine Schutzmannschaft mit civilem Charakter verwandle und die Erledigung der Landfrage dem im Home-Rule-Programm vorgesehenen neuen irischen Parlamente überlasse. Wie es scheint, hat sich Gladstone bereit finden lassen, diese Zugeständnisse zu machen, und in englischen radikalen, sowie in irischen Kreisen schmeichelte man sich bereits mit der Hoffnung, daß Barnell nunmehr gehen werde. Aber man täuschte sich, denn Barnell stellte plötzlich eine neue Bedingung. Er sagte: Gladstone ist alt, sein Versprechen ist daher nicht viel werth, zumal wenn bei den nächsten Wahlen der Sieg noch nicht auf Seiten der Liberalen sein sollte; das einzig Zufriedenstellende wäre daher eine schriftliche Erklärung, in welcher die Hauptmitglieder der liberalen Partei sich solidarisch verpflichten, sobald die letztere wieder an's Ruder kommt, die von Gladstone gegebenen Versprechen einzulösen. Daß die Anwärter auf die liberale Führerschaft sich zu einer derartigen Erklärung nicht herbeilassen werden, mußte Barnell ebenjotut wissen, wie jeder ferner stehende Beobachter. Soll doch Sir William Harcourt, der die größten Aussichten auf Gladstone's Nachfolge hat, die von Gladstone gemachten Zugeständnisse durchaus gemißbilligt haben. Sieht man sich diese Dinge etwas genauer an, so kann man kaum noch daran zweifeln, daß es Herrn Barnell mit dem Anerbieten seines Rücktritts überhaupt niemals ernst gewesen ist und daß er nur eine Gelegenheit suchte, dieses Anerbieten zurückzunehmen zu können.

Nachdem der Indianerkrieg endlich beigelegt ist, handelt es sich jetzt darum, durch eine Verständigung zwischen der amerikanischen Regierung und den Indianern die Gefahr erneuter Konflikte aus dem Wege zu räumen. Eine in Washington angekommene Abordnung von Sioux-Indianern hatte am Samstag eine Unterredung mit dem Sekretär des Innern, Noble, und dem Kriegsminister Proctor. Der Häuptling John Graf sagte, die Indianer wünschten nicht, in das wilde Leben zurückgetrieben zu werden. Sie wollten dem Präsidenten Vorstellungen mit Bezug auf die Zukunft sowie auch wegen gewisser unerfüllt gebliebener Versprechen machen. Man solle nicht alle Indianer wegen der Fehler einiger tadeln, und die Agenten sollten Civilisten, nicht Militärs sein. Der Häuptling „American Horse“ zählte die Beschwerden der Rothhäute auf und erhob Einspruch dagegen, daß die Agenten die untergeordneten Posten in der Agentur mit ihren Freunden besetzen; von Rechts wegen sollten die Indianer diese Posten erhalten. Im Ganzen scheint die Regierung der Vereinigten Staaten den erfüllbaren Wünschen der Rothhäute wohlwollend gegenüberzutreten, sowohl aus Gründen der Gerechtigkeit wie auch in der Erwägung, daß die Aufrechterhaltung des glücklich wiederhergestellten Friedens im allgemeinen Interesse liege.

Au Richard Wagners Todestag.

8. Als vor acht Jahren das welt-hellsichtige Auge des Bayreuther Meisters sich zum letzten Schimmer schloß, da fühlte die ganze gebildete Welt den Schmerz eines solchen Verlustes, und wenn der Kreis der Freunde sich mit dem Gelübniß der Treue nun noch enger zusammenschloß, so besahlich auch die Feinde nun, da sie Wagner inmitten seines übermenschlichen Schaffens den allzumenschlichen Tribut des Todes zahlen sahen, ein Gefühl der Ehrfurcht, das ihren Eifer lähmte und das sie theilweise sogar zu nachträglichen Ehrenbezeugungen gegen den Schöpfer des Musikdramas nötigte. So erweckte denn der Tod des nimmermüden Meisters ein tausendfältiges, reiches Gedankenleben, und die Presse jener Zeit förderte eine fast unübersehbare Menge von Nachrufen und Betrachtungen voll leidenschaftlicher und schmerzbetroffener Begeisterung — wie auch von vornehm kühler „Unparteilichkeit“ zu Tage. Die Theater trugen das Andenken des großen Verstorbenen durch zum Theil völlig ungenügende Aufführungen seiner Werke, die Konzertscheiter spielten mit mehr oder weniger gutem Willen den „Trauermarsch“ aus der Götterdämmerung, und wenn auch nur selten „würdige Klage erklang, wie sie des bekehrten Helden werth“, so war doch fast überall das Bemühen ersichtlich, der großen Bedeutung dieses schmerzvollen Geschehens Rechnung zu tragen. Nur an unseren Hochschulen blieb es stille. Nur wenige von den Führern unserer geistigen Entwicklung erhoben ihre Stimme, und unter diesen wenigen hat einer so warme, hohe und wirklich des bekehrten Helden würdige Worte gesprochen, daß wir kaum eine schönere literarische Gedenkfeier für den 13. Februar wüßten, als wenn wir nun diesen damals fast nur dem Schülerkreise bekannt gewordenen Nachruf unseren Lesern bekannt geben. Ein erhabenes Interesse dürfte derselbe wohl auch dadurch erwecken, daß sein Autor der bekannte Literarhistoriker Michael Bernays nunmehr unser Mitbürger ist. Als Bernays am zweiten Tage nach Wagners Tode in München das Ratheder bestieg, von dem

aus er seinen zahlreichen Schülern eine Vorlesung über Goethe's zweiten „Faust“ zu halten gedachte, stand seine Seele noch ganz und voll unter dem erschütternden Eindruck der Todesstunde, und um seinem Schmerz Ausdruck zu verleihen und zugleich fruchtbringende Saat in die Seelen seiner Schüler zu streuen, faßte er tiefste Empfinden und edelste Gesinnung in einem Nachruf zusammen, den er dem großen Toten zollte, dessen Gedanktag wir nun mit einer Rekapitulation jener schönen und so bedeutungsvollen Worte zu feiern gedenken. Wir lassen nun den Nachruf in seinem Wortlaut folgen:

Seitdem wir, vor zwei Tagen, zum letzten Male in diesen Räumen vereinigt waren, hat eine Todesstunde uns getroffen, die Niemanden, der an den Geschichten deutscher Kunst als Deutscher theilnimmt, gänzlich ungerührt lassen kann. Der Schöpfer des „Tristan“, des „Siegfried“, der „Meistersinger“ ist durch einen jähen Griff des Todes aus den Reihen der Lebenden hinweggenommen worden. Man braucht keiner Partei anzugehören — und meinen Freunden ist bekannt, wie ich alles Getriebe der Parteien in Kunst und Wissenschaft von Herzensgrund verabscheue — man braucht keiner Partei anzugehören, um in dem Augenblicke, da einem solchen Geiste die Erdenbesonheit erlischt, von jener erhabenen Behemuth ergriffen zu werden, die uns beim zeitlichen Untergang des Großen bemächtigt. Wir persönlich scheint es angemessen, gerade an dieser Stätte dies Gefühl in Worten hervortreten zu lassen; an dieser Stätte, wo, unberührt von den Leidenschaften, dem ziellosen Wünschen und Wollen der Menge, hoch erhaben über die wechselnden Bestrebungen des Tages, der nur Verworrenes im Verworrenen spiegelt, wir in wissenschaftlicher Abgeschlossenheit und in wissenschaftlicher Freiheit uns der Betrachtung und Erforschung der Geistesgeschichte der Menschheit, vor Allem unseres Volkes widmen. Es scheint mir angemessen, daß dieses Gefühl, wenn auch in bescheidenster Form, zum Ausdruck komme auf einem Ratheder der ersten Hochschule des Landes, dessen großartig waltender König mit einem in der gesammten Kunstgeschichte nicht wieder bezeugten

Hochsinne den Künstler, der die Mächte der Gegenwart wider sich aufgerufen, aus der Enge des Daseins emporhob, ohne ihm neue, glänzendere Hefeln anlegen zu wollen und ihm Freiheit schaffte, so daß er nur dem Gebote seines Genius dienen sollte. Mit größtem Rechte konnte Wagner unserm Herrn und König die Worte zurufen, die Tasso in übertriebener Dankbarkeit an Alfonso von Este richtete:

Tu, magnanimo — il qual ritogli
 Al furor di fortuna e guidi in porto
 Me peregrino errante e fra gli scogli
 E fra l'onde agitato, e quasi absorto —

oder wie Goethe im Anfang an diese Verse seinen Tasso sagen läßt:

Du warst allein, der aus dem engen Leben
 Zu einer schönen Freiheit mich erhob;
 Der jede Sorge mit vom Haupte nahm,
 Mir Freiheit gab, daß meine Seele sich
 Zu mutigem Gesang entfalten konnte.
 Und welchen Preis nun auch mein Werk erhält,
 Dir dank ich ihn, denn Dir gebührt es zu.

Welchen Preis die Nachwelt den einzelnen Werken Wagners anerkennen wird — es wäre Vermessenheit, dies jetzt auch nur andeutend bestimmen zu wollen. An seinem Wirken aber, an dem Wirken des Künstlers, des lehrenden und ahnenden, des bewegenden und aufrüttelnden Schriftstellers, an der Gesamtheit dieses Wirkens, das sich in die Zukunft fortzuerstrecken muß, kann die Nachwelt nicht achtlos vorübergehen.

Wie übersehbar auch unser Volk mit allen Gaben des Geistes, mit allen Herrlichkeiten der Kunst und Wissenschaft ausgestattet ist, wie zahlreich sich auch in ihm die schaffenden Geister drängen, dennoch ist Deutschland nicht reich an einzelnen Erscheinungen, welche die Theilnahme der gesammten Welt, so weit sie dem Kulturleben erschlossen ist, erwecken und an sich fesseln. Seit dem Heimgange Goethe's sah Deutschland keinen künstlerisch schaffenden Geist erstehen, der so wie Richard Wagner

Der Denkschrift des Reichskanzlers über die Enquete in Sachen der Tabaksteuer ist eine Uebersicht über den Umfang des Tabakbaues in den bedeutendsten Anbaudistrikten des deutschen Zollgebietes beigegeben. Darnach ist im Erntejahre 1890/91 unter den deutschen Bundesstaaten der größte Flächenraum in Baden mit Tabak bepflanzt gewesen. Es waren dies nicht weniger als 7876 Hektar. In Preußen waren 5129 Hektar mit Tabak bebaut. Davon entfallen 2097 auf Brandenburg und 1016 auf Pommern, also mehr als die Hälfte auf diese beiden Provinzen. Auf Preußen folgte Bayern mit 3973, Elsaß-Lothringen mit 1794 und Hessen mit 665 Hektaren. In sämtlichen genannten Staaten, mit Ausnahme von Baden, ist der räumliche Umfang des Tabakbaues seit 1871/72 zurückgegangen; so in Preußen um etwa 800, in Bayern um etwa 750 und in Hessen um etwa 315 Hektare. Den stärksten Rückgang weist aber Elsaß-Lothringen auf: er beläuft sich hier auf 1365 Hektare. Der Grund hiervon wird darin gefunden, daß die französische Monopolverwaltung, welche vor dem bedeutende Mengen Roh-tabak aus Elsaß-Lothringen bezog, seit dem Jahre 1884/85 aufgehört hat, Tabak dorthin zu kaufen. Infolge dessen und da in Altdeutschland für die bisher in Elsaß-Lothringen gebauten vorzugsweise schweren Tabake sich keine Verwendung gefunden hat, ist für den dortigen Tabakbau eine Krise eingetreten, deren Ueberwindung erst davon erhofft wird, daß die auf die Verbesserung der Tabakkultur durch veränderte Düngung und Einführung leichter Sorten gerichteten Bestrebungen der Landesverwaltung Erfolge haben. Dieser Minderung der Anbaufläche im Gesamtbetrage von etwa 3200 Hektaren steht eine Zunahme von 773 Hektaren in Baden gegenüber. Insgesamt wurden im Deutschen Reich im Jahre 1890/91 ungefähr 20 000 Hektare mit Tabak bepflanzt.

Bei der Einfuhr von Waaren nach Großbritannien und den britischen Kolonien kommen noch immer Fälle vor, in denen Sendungen auf Grund der englischen Waarenzeichengesetzgebung mit Beschlagnahme belegt werden, weil dieselben beziehungsweise die darin enthaltenen Waaren den Namen irgend einer englischen Firma tragen. Die Absender versehen sich dann meist darauf zu berufen, daß die Anbringung der betreffenden Beschriftung ihnen von dem englischen Verkäufer ausdrücklich vorgeschrieben worden sei. Allein dieser Umstand ist in keiner Weise geeignet, die entstandenen Nachteile auszugleichen. Die englischen Zollbehörden lehnen es regelmäßig, als nach der Merchandise Marks Act unzulässig, ab, auf eine solche Entschuldigung einzugehen und um derselben willen die verhängte Beschlagnahme aufzuheben. Wenn aber der Absender dazu übergehen sollte, von dem Verkäufer mit Rücksicht auf den von ihm erhaltenen Auftrag auf gerichtlichem Wege Schadenersatz zu verlangen, so würde ein solcher Versuch, abgesehen von der Kostspieligkeit des englischen Gerichtsverfahrens, in den meisten Fällen schon deshalb nicht zum Ziele führen, weil der englische Verkäufer sich fast immer durch die Angabe dessen kann, daß er bei seiner an sich nicht gesetzwidrigen Bestellung, ebenso wie die Beachtung aller übrigen gesetzlichen Bestimmungen, so auch die durch das englische Waarenzeichengesetz vorgeschriebene Anbringung eines Vermerks über den Ursprung der Waare neben der gewünschten Firmenangabe als selbstverständlich vorausgesetzt habe. Es kann darum, wie die „Neue Reichskorrespondenz“ hervorhebt, nicht dringend genug gerathen werden, bei dem Export nach England oder den englischen Kolonien in allen nur irgendwie zweifelhaften Fällen die Waaren stets mit dem Vermerk: „Made in Germany“ zu versehen.

Deutschland.

* Berlin, 11. Febr. Seine Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag im Auswärtigen Amte den Vortrag des Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall entgegen, konferierte später mit dem Staatsminister v. Goltz und empfing den Oberjägermeister Fürsten von Pleß, der ebenso wie der Kommandeur des Regiments der Gardes du Corps, Oberstleutnant und Flügeladjutant v. Bissing, mit einer Einladung zur Frühstücksstafel beehrt wurde.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat heute die Wahl des Abg. Stöckel (s. Düsseldorf, Zentrum) für gültig erklärt. Ueber die Wahl des Abg. Günther-Naumburg (nationalliberal) wurde die Beschlußfassung noch ausgesetzt, da noch einige kalkulatorische Erhebungen zu machen sind.

Heute begann im preussischen Abgeordnetenhause die zweite Berathung der Vorlage über die Einkommensteuer. Der Gesetzentwurf ist in der Kommission in der Schlussabstimmung mit 22 gegen 5 Stimmen angenommen worden und wenn auch noch viele Differenzen

für sein Denken und Bilden, das ganz im deutschen Wesen wurzelt, eine über alle Völker verbreitete Theilnahme im feindlichen oder freundlichen Sinne hervorgerufen. Nicht allein dem Gehalt seiner Werte ist dies zu verdanken. Vielmehr werden manche seiner Schöpfungen, und gerade die eigenartigsten, niemals einem unbefangenen Verständnisse bei fremden Völkern begegnen. Rein, seine Weltstellung ward begründet durch die Energie, mit welcher er, von den verächtlichen und doch so viel vermögenden Mächten des Fortschritts sich abwendend, die Fragen über das Rechte und Böse der Kunst, über ihre Stellung im Leben des Volkes, der Völker und der Menschheit endlich einmal wieder für Alle in den Mittelpunkt der Betrachtung rückte und den strengen, alles Gemeine abwehrenden Ernst der Kunst der Menschheit wieder zum Bewußtsein brachte, und zwar auf einem Gebiete, auf dem die wahre, Welt und Menschheit offenbarende und bewingende Kunst kaum ein Anrecht auf Duldung besessen hatte. Das Verhältnis des Drama's zur Geschichte oder zu den aus den Urzeiten der Nation stammenden Sagenstoffen, das Verhältnis der Kunst, die der Welt angehört, zu dem Geiste, der in dem Leben einer bestimmten Nation sich verkörpert, das Wechselverhältnis der Künste untereinander, ihre Vereinigung in der umfassendsten dichtesterischen Form, im Drama, die Beziehung des Wortes zur belebenden Musik — alle diese Fragen und Probleme, wie er sie aufgeworfen, wie er sie vorgelegt, sie sind nicht mehr beiseite zu schaffen; sie zu beantworten, sie zu lösen, wird noch manches künftige Geschlecht sich abmühen.

Die geniale Kraft, mit welcher er selbst in seinen Werken diese Probleme künstlerisch bildend zu bewältigen trachtete, war begleitet und gehoben von einer Heldentüchtigkeit des Willens, die sein ganzes Leben zu einer Verwirklichung des Schiller'schen Urmotives gestaltete: „Der Mensch ist das Wesen, welches will. Der Wille ist der Geschlechtscharakter des Menschen.“ Wohl mag es einst unseren Nachkommen bedeutung genug erscheinen: zu derselben Zeit, da die Nation von einer die Thatkraft lähmenden Philosophie heimgeführt ward, zu derselben Zeit, da dennoch

bestehen und es an Versuchen der Abänderung wichtiger Bestimmungen nicht fehlen wird, so besteht doch alle Aussicht, daß eine annehmbare Reform in Bezug auf den wichtigsten Theil des direkten Steuerwesens in Preußen zustande kommt. Das Abgeordnetenhaus stimmte heute den ersten drei Absätzen des § 1 ohne Erörterung zu. Ueber Abs. 4 (Besteuerung von Aktiengesellschaften u. s. w.) entspann sich dagegen eine lange Erörterung, an der auch der Finanzminister Miquel Theil nahm. Morgen wird die Berathung fortgesetzt.

Es schweben schon seit längerer Zeit zwischen den beteiligten Ressorts des Reiches Verhandlungen, welche eine gesetzliche Regelung von Anlagen der elektrischen Betriebe in's Auge fassen. Diese Verhandlungen haben dem Vernehmen nach dahin geführt, daß ein Gesetzentwurf ausgearbeitet werden soll, nach welchem alle Anlagen, die zur Erzeugung und Verwendung der elektrischen Kraft dienen, einheitlich für das ganze Reich zu erlassenden polizeilichen Bestimmungen unterliegen würden. Namentlich soll auch die Frage geregelt werden, inwieweit bereits bestehende elektrische Anlagen auf öffentlichem Grund und Boden gegen Störungen, die durch Neuanlagen zu befürchten sind, geschützt werden können. Die Ausführung von Anschlüssen einzelner Grundstücke an bereits bestehende elektrische Anlagen würde der Genehmigung der Ortspolizeibehörde nicht unterliegen, doch würde derselben rechtzeitige Kenntniß von der Ausführung solcher Anschlüsse zu geben sein. Augenscheinlich dürfte diese Bestimmung auch für die Anbringung von Beleuchtungskörpern an der Außenseite von Gebäuden gelten. (Nach einer Mittheilung von anderer Seite ist der hier als in Vorbereitung befindlich angekündigte Gesetzentwurf dem Bundesrath bereits zugegangen.)

Nach den „Berl. Pol. Nachr.“ dürfte dem preussischen Abgeordnetenhause binnen kurzem eine Vorlage wegen Erbauung eines Domes in Berlin zugehen.

Der Finanzminister Dr. Miquel empfing der „Nat.-Zeitung“ zufolge heute Vormittag die Interessenten der Mosel-Kanalisation und versicherte denselben, die Regierung wolle den Plan nach Möglichkeit fördern, vorausgesetzt, daß die Interessenten sich angemessen an den finanziellen Lasten beteiligen.

Stuttgart, 11. Febr. Gestern starb hier Generalleutnant a. D. Febr. Rudolf v. Wagner-Frommenhausen, 1867–1870 württembergischer Kriegsminister, nachdem er vor 1866 Militärbevollmächtigter für das 8. Armee-corps beim Bundestag und 1867 Delegierter Württembergs bei der Liquidationskommission in Frankfurt gewesen war. Als Kriegsminister war er Nachfolger Hardeggs und hatte die Aufgabe, das württembergische Militär nach den Erfahrungen des Feldzugs von 1866 zu reformieren. v. Wagner hatte damit keinen leichten Stand, da er eine scharfe politische Opposition gegen sich hatte. Durch das Wehrgesetz von 1868 wurde in Württemberg die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt und die Stellvertretung aufgehoben. Bis zum Frühjahr 1870 war v. Wagner an der Organisationsarbeit, um die württembergischen Truppen für den Ernst eines großen Krieges, den er vorher sah, vorzubereiten. In der großen Masse dachte man aber damals anders; die Volkspartei bearbeitete die öffentliche Meinung für die Abrüstung und es gelang ihr im März 1870, einen Antrag auf Herabsetzung der Präsenz und Minderung des Kriegsbudgets in der Kammer durchzusetzen. v. Wagner nahm darauf seinen Abschied; daß seine Arbeit aber keine verlorene war, hat der Krieg von 1870 und die Leistungen der Württemberger gezeigt. v. Wagner gehörte später auch dem ersten Reichstag nach Errichtung des Reichs als Abgeordneter für Tübingen-Neutlingen-Rottenburg an; dann fing er an fränklich zu werden und war die letzten 10 Jahre durch ein schweres Rückenmarkleiden an's Bett gefesselt. Er starb 69 Jahre alt.

Auf dem Gebiet des Volksschulwesens ist dieser Tage eine Neuenerung amtlich bekannt gegeben worden, welche eine längstsehnte Gleichrichtung für den Schul-unser Volk unter der Führung mächtiger Menschen in gewaltigen Thaten sich glorreich zusammenfugte, zu derselben Zeit hat ein Künstler in gigantischen Werken dargestellt, was der wolkende Mensch vermag.

Wie Jeder, der zu einer Führerstellung in Kunst und Wissenschaft berufen ist, hat auch Wagner den Kampf des Geistes mit der Materie, der Kunst mit der Wirklichkeit gekämpft. Er hat ihn gekämpft mit Waffen, die er wie sein Siegfried sich selbst geschmiedet.

Nur Solche, die zur Erweiterung der Herrschaft des Geistes beigetragen, nur Solche werden in der Erinnerung der Menschen geehrt und verehrt. Gehört Wagner zu diesen Erlesenen, dann ist auch für ihn der Tag des Todes, der Beginn eines neuen verkörperten Daseins.

Wollte ich hier persönlichen Erinnerungen nachgehen, so würde ich der edlen, herabgewinkenden Weise gedenken, mit welcher er mir in den Jahren 1876 und 1877 entgegentrat. Ich würde mir die oft über Mitternacht dauernden Gespräche zurückrufen, in deren Verlauf er kühn, tief, in wechselnden Stimmungen, aber immer eigenartig und aus der Fülle seiner Natur heraus das Größte und Würdigste in Kunst und Leben betrachtete und besprach, bald Bruchstücke seiner Autobiographie mittheilte, bald die Dichtung des „Bartholomäus“ vorlas.

Doch es genügt sich nicht, hier bei persönlichen Eindrücken zu verweilen. Meine Worte sollten nur ein Fingerzeig sein auf die Gestalt des Künstlers, der nun dem Kampf mit dem Irdischen entrückt ist.

Vor der Majestät des Todes verstummte hier der Ausdruck herkömmlicher Trauer. Nemo te lacrimis decorat — er werde nicht mit Thränen geehrt. Gedenken wir der schauerrollen Todes- und Siegesklänge, die beim Falle Siegfried's die heroische Trauer um den herrlichsten der Helben mächtig hallend ausstößen.

lehrerstand bildet. Gleich wie früher die protestantischen Geistlichen, so waren bis jetzt die Schullehrer beider Konfessionen bis zum 60. Lebensjahre zum jährlich dreimaligen Besuch einer „Konferenz“, desgleichen bis zum 50. Jahre zur Abfassung von zwei Aufsätzen jährlich verpflichtet. Jetzt soll nur noch eine Konferenz jährlich gehalten und nur ein Aufsatz jährlich von den Lehrern unter 40 Jahren gefertigt werden. Dagegen werden für die Lehrer unter 30 Jahren besondere Konferenzen abgehalten, deren Direktor ein Geistlicher oder auch ein Volksschullehrer sein kann. Diese letztere Bestimmung ist von prinzipieller Bedeutung; man hat darin einen ersten Versuch zu erblicken, die Volksschullehrer unter die Aufsicht ihrer eigenen Standesgenossen zu stellen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. Febr. Die Beratungen zwischen den deutschen, österreichischen und ungarischen Bevollmächtigten für den Abschluß eines neuen Handelsvertrages sind heute Nachmittag wieder aufgenommen worden. Der Wiederbeginn dieser Konferenzen fällt mit der Rückkehr des ungarischen Handelsministers v. Baroš aus Wien nach Pest zusammen und dieses Zusammentreffen scheint kein zufälliges zu sein. Wiener Blätter folgern aus der Abreise des Ministers Baroš und der Wiederaufnahme der unterbrochen gemessenen Konferenzen, daß durch den Aufenthalt des ungarischen Handelsministers in Wien eine befriedigende Lösung der Eisenbahntariffrage angebahnt worden sei und daß diese in nächster Zeit auf die Tagesordnung der österreichisch-deutschen Verhandlungen gelangen werden. Am bestimmtesten spricht sich hierüber die „Neue Freie Presse“ aus. Nach der „Neuen Fr. Presse“ führten die Verhandlungen mit dem Minister Baroš zu einer vollständigen Einigung bezüglich der Frachttarife. Die österreichische und ungarische Regierung tauschten gegenseitig Erklärungen aus, in denen sie sich vollständige Reciprocität bezüglich der Frachttarife derart zusicherten, daß jede Begünstigung, welche den heimischen Produkten in Frachttarife gewährt wird, auch den österreichischen resp. ungarischen Produkten eingeräumt werden muß, so daß eine einseitige Tarifpolitik ausgeschlossen ist. Die Beantwortung zu den Verhandlungen bildete, wie die „N. Fr. Pr.“ versichert, die Erklärung der österreichischen Regierung, daß sie in die Fortsetzung der Verhandlungen über die wichtigsten Positionen des deutschen Zollvertrages, insbesondere über die Zölle für Eisen und Mehl nicht eingehen könne, bevor nicht zwischen Oesterreich und Ungarn eine Verständigung über die Frachttarife erfolgt sei. Deshalb kam Herr v. Baroš nach Wien.

Belgien.

Brüssel, 11. Febr. Die jüngst einberufenen beiden Klassen der Miliztruppen, welche in Brüssel garnisonierten, wurden heute, zunächst für einen Monat, in die Heimwehrklassen. (Das Dekret zur Entlassung der Miliztruppen war schon vor den tumultuarischen Auftritten der Miliztruppen vom Kriegsminister unterzeichnet worden; seine Durchführung wurde dann infolge dieser Antritte hinausgeschoben.)

Großbritannien.

London, 11. Febr. Das Unterhaus nahm mit 202 gegen 155 Stimmen die Bill an, durch welche die Ehe eines Wittwers mit der Schwester der verstorbenen Frau als gesetzlich zulässig erklärt wird. Bis jetzt ist diese Reform stets an dem Widerspruch in dem Verhalte der beiden Parlements-kammern gescheitert. Es bleibt abzuwarten, ob das Oberhaus diesmal dem Antrage mehr entgegenkommen als in früheren Jahren zeigt.

Rußland.

St. Petersburg, 11. Febr. Das lange erörterte große Projekt einer sibirischen Eisenbahn geht nun seiner Verwirklichung entgegen. Der russische „Peterson. J.“ zufolge ist es jetzt entschieden, daß der Bau der sibirischen Bahn im Frühjahr beginnen soll. Zunächst werden gleichzeitig die Strecken Wladimiroff-Gabarowka und Tomsk-Irkutsk gebaut und dann Ghabarowka und Irkutsk mit einander verbunden. Bis dahin soll auch der Ausbau des russischen Eisenbahnnetzes von Slatoust bis Tscheljabinsk, woran schon jetzt gearbeitet wird, fertiggestellt sein. Dann wird die Strecke Tscheljabinsk-Tomsk hergestellt. Die sibirische Bahn soll im Jahre 1894 ganz fertig sein. Die Kosten werden auf 75 Millionen Rubel geschätzt. Im Vergleich zu der außerordentlich großen wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung der Eisenbahn würde dieser Kostenbetrag nicht sehr hoch erscheinen.

Zeitungskritiken.

Die Nachricht, daß in nicht allzu langer Zeit der Reichstagsbau aufgebraucht sein wird, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse des festen und baaren Reichsfinanzvermögens. Hierüber schreibt man den „Hamb. Nachr.“: „Bekanntlich wurden aus der französischen Kriegskostenentlastung verschiedene Fonds gegründet, welche gemeinnützigen Zwecken dienen sollten. Es wurden 120 Millionen als Kriegsfond festgelegt, um für Mobilisationszwecke baares Geld zur Verfügung zu haben, und mit 561 Millionen wurde der Reichsinvalidenfond gegründet, um die auf Grund des Militärpensionsgesetzes vom Jahre 1871 zu leistenden Ausgaben sicher zu stellen. Auch die später bewilligten Pensionserhöhungen werden aus diesem Fonds bestritten. Sodann wurden 3 Baufonds gebildet, um notwendige und nützliche Bauten herzustellen. Es waren dies der Festungsbaufonds, der Reichstagsgebäudefonds und der Eisenbahnbaufonds. Sehen wir von Kapitalien ab, welche in den gewerbmäßigen Reichsbetrieben stecken, so setzt sich aus den genannten Fonds das ganze Finanzvermögen des jungen Reichs zusammen. Wenn man damit die großen Vermögen, welche die Einzelstaaten, beispielsweise Preußen, in seinen Domänen und Forsten besitzen, vergleicht, so wird man finden, daß das Reichsfinanzvermögen nicht gerade stattlich genannt werden kann. Das baare Reichsfinanzvermögen ist überdies, abgesehen von dem Reichskriegs-

